

**Erstausgabe in Leipzig**  
 Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
**Abonnementpreis**  
 für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro  
 Quartal.  
**Monats-Abonnement**  
 werden bei allen deutschen Postämtern  
 nach den 2. und 3. Monat, und auf den  
 4. Monat 3 Pf. höher angenommen; im  
 Abzug, Sächsisch und Preussisch. Sächsisch  
 Abzug auf den 4. Monat  
 des Quartals 4 Pf.  
**Inserate**  
 betr. Veranlagungen pr. Zeile 10 Pf.,  
 betr. Privatangelegenheiten und Briefe pro  
 Zeile 30 Pf.

# Vorwärts

**Bestellungen**  
 nehmen an alle Postämtern und Buch-  
 handlungen des In- u. Auslandes.  
**Postal-Expositionen.**  
 New-York: 245 - 250th Street, New-York.  
 Philadelphia: 2. St., 420 North  
 2nd Street.  
 J. St., 1129 Charlotte Str.  
 Boston: N. J.: 3. St., 215 Wash-  
 ington Str.  
 Chicago: 2. Kaufmann, 74 City Square.  
 San Francisco: 3. St., 420 O'Farrell Str.  
 London: W.: E. St., 8 New  
 Golden Square.

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 40.

Freitag, 5. April.

1878.

Des sächsischen Bußtags wegen, der auf Freitag, den 5. April fällt, muß die Sonntagsnummer (Nr. 41) schon Donnerstag, den 4. April fertiggestellt werden, was etwaige Einsender von Anzeigen beachten mögen.  
 Die Expedition des „Vorwärts“.

### Die Interpretation der Marx'schen Werththeorie durch die Herren Professor Dr. A. Schäffle und C. A. Schramm.

Kritik von Oskar Schuster.\*

Bildet für eine in der Cultur vorgeschrittenere Menschheit die Prüfung ihrer ökonomischen Grundlagen, die Erkenntnis ihrer Lebensbedingungen mit einer der wichtigsten Aufgaben und ist wieder der Grundpfeiler dieser Spezial-Wissenschaft das Erkennen und die Feststellung aller der Faktoren, die die Gesellschaftswerte erzeugen, so ist mit Recht zu betonen, daß diese Fundamental- lehre, die sogenannte Werththeorie immer und immer wieder uns beschäftigen muß und jede Meinungsverschiedenheit über solche im Interesse des Ganzen vor das Forum der Kritik zu treten hat.

Nun ist es aber die streng objektive Darstellung der sozialisti- schen Behauptungen in der von Herrn Prof. Schäffle heraus- gegebenen „Quintessenz des Sozialismus“, die alle Anhänger der Marx'schen Werththeorie doppelt ermuntert, die von Herrn Schäffle in demselben Werke gebrachten Einwendungen gegen die Marx'sche Werththeorie zu entkräften.

Herr Prof. Schäffle stellt in seiner „A. d. S.“ der Marx's- chen Werththeorie, lautend:

Der Werth einer Waare besteht in der zu ihrer Herstellung aufzuwendenden allgemein menschlichen, gesellschaftlich notwendigen Arbeit, gemessen nach Zeit, entgegen pag. 47: der Werth der Güter richtet sich ersichtlich nicht bloß nach dem Kostenwerthe (wobei er die Worte „allgemein menschliche gesellschaftlich not- wendige Arbeitszeit“ unter dem Begriff gesellschaftlich durch- schnittlichen Kostenwerth vollständig zu fassen vermeint), sondern auch nach dem Gebrauchswert, d. h. der Dringlichkeit des Bedarfs, wobei Herr Schäffle namentlich die nicht beliebig ver- mehrbaren Güter, als Getreide etc. im Auge hat.

Außer diesem Haupteinwand führt Herr Schäffle noch an, und zwar einerseits mehr oder weniger in Konsequenz des bereits genannten Haupteinwandes und andererseits in der Voraussetzung, daß die Marx'sche Werththeorie in einem gegebenen Kollektivstaat als Vertheilungsmassstab dienen soll, daß die genannte Werth- theorie dem örtlich und zeitlich sinkenden Gebrauchswert jeder Arbeitsgattung nicht Rechnung trage, wenn damit nicht gleich- zeitig eine beliebige Commandirung von Arbeitskräften vor- behalten sei, welcher Vorbehalt aber jeder „individuellen Freiheit der Arbeits-Bethätigung“ widerspreche.

Diese von Herrn Schäffle erhobenen Einwendungen hat nun Herr C. A. Schramm in Nr. 61, 62 und 128 des „Vorwärts“ von 1877 zu entkräften versucht und hierbei sich vor Allem mit Bekämpfung des wichtigsten Einwandes, daß die gedachte Werththeorie nicht den wechselnden Gebrauchswert berücksichtige, befaßt. Herr Schramm jagte nämlich, und, wie ich constatiren kann, nicht nur im Einverständnis mit Vossler, sondern auch mit dem wohlbekanntesten Schüler von Marx, Herrn C. Diezgen (vergl. dessen Aufsatz über das „Das Kapital“ im „Demokrati- schen Wochenblatt“ Nr. 35 pag. 278 v. J. 1868), Marx ver- steht unter: gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit, nicht nur: Arbeitszeit überhaupt, um irgend einen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrade von Geschick und Intensivität die Arbeit herzustellen, sondern auch: Arbeitszeit, erforderlich um das für die realen Bedürfnisse der Gesellschaft nötige Quantum Produkte zu liefern, und beruft sich für die Richtigkeit seiner erweiterten Auslegung der Marx'schen Werth- theorie auf die von Marx in der „Kritik der politischen Oekonomie“ pag. 39 hervorgehobene gleiche Anschauung des Oekonomen Sismondi. — Doch brauchte Herr Schramm gar nicht soweit zurückzugehen, denn schon im „Kapital“ 2. Aufl. S. 86 läßt Marx diese erweiterte Auffassung klar durchblicken in den Worten:

„Bermag der Markttag das Gesamt-Quantum Leinwand zum Normalpreis von 2 Sh. pro Elle nicht zu absorbiren, so beweist das, daß ein zu großer Theil der gesellschaftlichen Ge- samtarbeit in der Form der Leinweberei vorausgibt wurde. Die Wirkung ist dieselbe, als hätte jeder einzelne Leinwebere mehr als die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit auf sein individuelles Produkt verwendet.“

Wenn trotz dieser scharfen Betonung der doppelten Bedeutung der Worte „gesellschaftlich notwendigen“ die 1877er „Zukunft“ Nr. 3 immer noch mit aller Bestimmtheit erklärt: die gedachte erweiterte Auslegung sei, soweit solche im „Kapital“ entwickelt, eine der Marx'schen Werththeorie fremde, so muß solches auf ein Uebersetzen dieser an sich wenig auffallenden Stelle zurückgeführt werden. — Anders aber bei derselben Behauptung des Herrn S. V. in seiner „Controverse über die sozialistische Werththeorie“ III. („Vorwärts“ Nr. 35 d. J.). Herr S. V. citirt nämlich den

Borbertrag der angezogenen Stelle, läßt aber mit genialer Meister- haftigkeit den Nachsatz, der eben gerade das Gegentheil besagt, indem hervorgehoben, daß für die Werthbestimmung die indivi- duell geleistete gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit nicht maßgebend, daß besagte Leinwand als individuelles Produkt wohl für sich betrachtet gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit darstellt, aber nicht allein für sich zu betrachten ist, da alle Leinwand auf dem Marke nur als ein Handelsartikel, jedes Stück nur als aliquoter Theil gilt („Kapital“ 2. Aufl. pag. 86), einfach wegl!

Indem nun Herr Schramm mittelst klarer Ausführungen darlegt, daß bei Berücksichtigung der Worte „gesellschaftlich not- wendige Arbeitszeit“ in doppelter Beziehung auch die Marx'sche Werththeorie der Anforderung nach Berücksichtigung des wech- selnden Gebrauchswertes gerecht wird, glaubt Herr Schramm gleichzeitig sagen zu müssen, daß diese Werththeorie keinen An- spruch erhebe als praktischer Anhaltspunkt für Vertheilung der Produkte an die Produzenten zu dienen. — Letzteres wäre auch unmöglich, wenn wir die gegebene erweiterte Auslegung be- dingungslos annehmen wollten, und Herr Schramm hat uns in der „Zukunft“ mittelst seiner Robinsonade die beste Gelegen- heit gegeben, dies zu demonstrieren, indem wir uns an Stelle des Robinson eine abgeschlossene Gesellschaft auf fraglicher Insel vorstellen. Nach dem gegebenen Beispiel besitzen nämlich hier die circulirenden 120 Arbeitsstunden-Bonds bei einer guten Ernte Kaufkraft für 480 Maß Weizen, während nur 240 Maß Weizen erbaud und 120 M. Weizen benötigt sind, die allein bedürften 120 M. Weizen aber schon für 30 Arbeitsstunden- Bonds zu erlangen sind und sonach übrige 90 Arbeitsstunden- Bonds auf anderen Produkten-Gebieten ihre Kaufkraft betheiligen können. Entgegen dem würden bei schlechter Ernte die circulirenden 120 Arbeitsstunden-Bonds nur Kaufkraft für 30 M. Weizen besitzen, während doch 60 M. Weizen erbaud und 120 M. Weizen bedürftig sind. Da aber die fernereweit erbauden 30 M. Weizen auf alle Fälle gebraucht werden, so muß die Kaufkraft für solche durch Arbeits-Bonds erfolgen, die nach dem Wirth- schaftsplane zum Kauf auf anderen Gebieten bestimmt waren. In beiden Fällen werden Störungen innerhalb der Conjunction eintreten. Der Einwand, daß die Gemein-Verwaltung die aus- gegebenen Arbeitsbonds auf Arbeitsbonds gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit reduzieren könne ist hinfällig in Berücksichtigung, daß diese Bonds einerseits bereits ausgetauscht sein dürften, bevor der Ertrag der geleisteten Arbeit zu be- stimmen war, andererseits aber dies die größte Ungerechtigkeit gegen die betreffenden einzelnen Produzenten dieser besonderen Produkten-Gattung in sich bergen würde.

So sehr es uns mit Genugthuung erfüllen muß, wenn wir an den von Herrn Schramm demonstrieren Beispielen ersehen, daß die Marx'sche Werththeorie auch dem wechselnden Gebrauch- werth allenthalben Rechnung trägt, so dürfen wir doch nicht das von Herrn Schramm hierfür geforderte Opfer, die Aufhebung derselben Werththeorie als praktische Grundlage für einen Ver- theilungsmassstab, mit gleichem leichtem und frohem Herzen hin- nehmen.

Und wenn Herr Schramm noch so betont, daß der Zweck des „Kapitals“ einfach die Kritik des Vergangenen und Be- stehenden, so wissen wir doch auch, daß es eben die Aufgabe dieser Kritik, die complicirten ökonomischen Erscheinungen auf ihre Grundlagen zurückzuführen, nicht aber bloß zurückzuführen, sondern gleichzeitig mit Darlegung der Grundlagen uns das Fundament für ein neues und besseres Gebäude zu geben. — Oder sollte es möglich sein, daß ein Karl Marx, der eben aus derselben Kritik des Vergangenen und Bestehenden pag. 793 seines Wertes, uns mit aller Schärfe die ganze Zukunft vor Augen führt in den Worten: „Die kapitalistische Produktions- und Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum ist die erste Negation des individuellen, auf eigene Arbeit ge- gründeten Privateigentums. Die Negation der kapitalistischen Produktion wird durch sie selbst, mit der Nothwendigkeit eines Naturprozesses, produziert. Es ist Negation der Negation! Diese stellt das individuelle Eigentum wieder her, aber auf Grundlage der Erregungsfähigkeit der kapitalistischen Aera, der Kooperation freier Arbeiter und ihrem Gemeineigentum an der Erde und den durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmitteln.“ — daß derselbe Mann mit Feststellung seiner Werththeorie, des Fundamentes seines Gebäudes, uns habe nur wollen „Negatives“ geben?

Nein und abermals nein! Gerade die Stelle des „Kapitals“, aus welcher Herr Schramm glaubt positiv herauslesen zu können, daß Marx einen Vertheilungsmassstab nicht gesucht habe, dieselbe Stelle lautend: pag. 56. „Die Art der Vertheilung wird wechseln mit der besondern Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten.“ — läßt auch dem Gedanken Raum, daß eben die aufgestellte Werththeorie in einer gegebenen gesellschaftlichen Pro- duktionsperiode von entsprechender geschichtlicher Entwicklungs- höhe der Produzenten, als praktischer Maßstab zu dienen vermag, aber wohl beachtet nur in einer gegebenen gesellschaftlichen Produktionsperiode, keineswegs aber unter allen Um- ständen, was nach Herrn Schramm („Vorwärts“ Nr. 62) Herr Prof. Schäffle behauptet haben soll.

Präsen wir aber die beiderseitigen Stellungen der Herren Schäffle und Schramm zur Marx'schen Werththeorie eingehender, so können wir sagen:

Beide im Rechte,  
 Beide im Irrthum.  
 (Fortsetzung folgt.)

### Brutalität unter den sogenannten gebildeten Leuten.

Bezüglich der unter obiger Aufschrift in Nr. 19 und 22 un- seres Blattes enthaltenen Artikel, wird uns Nachfolgendes mit- getheilt:

„In der erwähnten Angelegenheit, betreffend den Tod des Gemeindedieners Ludwig, war es bisher nicht möglich, eine Ken- derung des richterlichen Erkenntnisses zu erzielen. Alle Ein- gaben wurden abschlägig beschieden. Wie ich in meinem ersten Briefe (Nr. 19 d. Vorw.) mittheilte, hat die Wittve Ludwig den ganzen Hergang der Sache dem Großherzog in einer persön- lichen Audienz schriftlich übergeben und mündlich mitgetheilt, worauf sie folgenden Bescheid erhielt:

„Der verwitweten Johanne Karoline Ludwig in Köstitz wird auf die an Seine königliche Hoheit den Großherzog ge- richtete, unterm 24. d. M. zu reffortmäßiger Verfügung anher abgegebene Eingabe, die Untersuchung wegen ihrem Ehemanne dem nunmehr verstorbenen Maurer Karl Ludwig in Köstitz zugesügten Körperverletzung und beziehungsweise wegen Tödtung desselben aus Fahrlässigkeit betreffend, eröffnet, daß die gericht- lichen Erhebungen einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Tode ihres Ehemannes und demjenigen, was diesem am Abend des 27. April v. J. widerfahren, bezüglich von An- dern zugesügt worden ist, nicht herausgestellt haben, und daß, nachdem die Staatsanwaltschaft aus diesem Grunde von einer weiteren Verfolgung der Sache Abstand zu nehmen müssen erklärt hat, es hierbei sein Bewenden haben müsse. Weimar, den 29. Januar 1878. Großherzoglich Sächsisches Staats-Ministerium, Departement der Justiz. Stiehling.“

„Auf diesen Bescheid hin machte die Wittve in einer Ein- gabe an das Großherzogl. Staatsministerium auf die Unzuläng- lichkeit und Einseitigkeit der gerichtlichen Erhebungen, auf welche sich der Bescheid stütze, aufmerksam, und berief sich auf die Aus- sagen des Dr. Weiser (Nr. 22 des Vorw.), welcher den Kranken behandelte. Auf diese Eingabe erfolgte vom Staatsministerium folgender Bescheid:

„Auf die weitere Eingabe vom 13—16. d. M. in Betreff der von der Staatsanwaltschaft eingestellten Untersuchung we- gen Ihrem verstorbenen Ehemann zugesügten Körperverletzungen und beziehungsweise wegen Tödtung desselben aus Fahrlässig- keit wird der verwitweten Frau J. P. Ludwig in Köstitz bei Rückgabe der eingesandten Schriftstücke eröffnet, daß es ledig- lich bei der, derselben unterm 29. v. M. zugegangenen Ent- scheidung sein Bewenden behalten muß, indem das unterzeich- nete Staatsministerium sich außer Stande befindet, in dieser Angelegenheit etwas Weiteres zu verfügen. Weimar etc.“

Weshalb das Staatsministerium außer Stande ist, in der Sache etwas zu thun, wird nicht gesagt; leider kann man die Gründe, die vielleicht sehr „tiefergehender Natur“ sind, mit dem „beschränkten Unterthanenverstande“ nicht ergründen.

Auf eine weitere Eingabe an die Oberstaatsanwaltschaft in Eisenach kam folgender Bescheid:

„Auf Ihre Eingabe vom 22—23. vorigen Monats, den Tod des Gemeindedieners Ludwig in Köstitz betreffend, eröffne ich Ihnen unter Rücksicht der Anlagen, daß die fragliche Ange- legenheit schon längst vor dem Eingang Ihrer Aufschrift von mir in das Auge gefaßt worden ist, daß ich mich aber aus den über die Sache stattgefundenen Erhebungen, welche mir von dem Großherzoglichen Staatsanwalte zu Weida seiner Zeit vorgelegt worden waren, überzeugt habe, daß der Be- weis, es sei der Tod des p. Ludwig durch eine strafbare Fahrlässigkeit dritter Personen verursacht worden, sich nach Lage des Falles nicht herstellen ließ und daß überhaupt eine von der Staatsanwaltschaft von Amtswegen ohne Straf- antrag des Verletzten, zu verfolgende strafbare Handlung nicht vorlag, daß sonach aber auch Ihrem Antrag: es möge die Großherzogliche Oberstaatsanwaltschaft sich der Wittve des p. Ludwig annehmen und derselben zu ihrem Rechte verhelfen, von hier aus eine weitere Folge um so weniger gegeben werden kann, als bekanntlich die Geltendmachung civilrechtlicher Ansprüche außerhalb der Competenz der Staatsanwaltschaft liegt. Eisenach, den 11. Februar 1878. Der Großherzoglich Sächs. Oberstaatsanwalt, Berninger.“

Wie aus den Zeugnissen des behandelnden Arztes hervorgeht, war der „Verletzte“ nicht mehr im Stande, einen Strafantrag zu stellen. Wenn er aber auch dazu noch fähig gewesen wäre und es, sei es aus Unkenntnis des Befehes, sei es aus Nach- lässigkeit unterlassen hätte, so soll doch die Staatsanwaltschaft, da die Verletzungen den Tod nach sich zogen, auch ohne den ge- stellten Strafantrag berechtigt, ja verpflichtet sein, die straf- bare Handlung von Amtswegen zu verfolgen. In zwei weiteren Eingaben wurde die Oberstaatsanwaltschaft auf die ungenügenden Erhebungen, welche in dieser Angelegenheit angestellt wurden, aufmerksam gemacht und es wurde unter Hinweis auf die Aus- sage des behandelnden Arztes eine neue Untersuchung verlangt. Hierauf kam folgender Bescheid:

„Auf Ihre wiederholten Eingaben vom 13. und 17. d. M., den Tod des Gemeindedieners Ludwig in Köstitz betreffend, wird Ihnen hierdurch eröffnet, daß es bei meiner Ver- fügung vom 11. d. M. lediglich bewendet. Einestheils ist die in Ihren Eingaben enthaltene Darstellung der Vor- gänge am Abend des 27. April vor. Jahres in mehrfacher Beziehung thatsächlich unrichtig, anderentheils steht die Anzei- gung, welche Dr. med. Weiser der Wittve Ludwig gegenüber über das Ableben ihres Ehemannes gethan haben soll, mit seinen bei den Akten befindlichen Auflassungen in Widerspruch und namentlich hat die in legaler Weise vorgenommene

\*) Wir geben nun in der, wie es scheint, für einzelne Parteigenossen „brennenden Frage“ einem Dritten das Wort und bemerken im Voraus, daß auch ein Parteigenosse in Amerika schon vor einiger Zeit zu diesem Punkte der „Tag-ordnung“ das Wort erbeten hat und auch erhalten wird. Wir bitten aber von da ab unsere Freunde, sich der möglichsten Kürze zu befleißigen, da die meisten unserer Leser dieser theoretische Kampf nur in zweiter Linie interessiert.  
 Red. d. V.

Obduktion und Sektion der Ludwig'schen Leiche keinen Anhalt dafür ergeben, daß die demselben am Abend des 27. April vor. J. zugefügten Rißhandlungen in einem Causalsammenhange mit dem Tode des Ludwig stehen. Unter diesen Umständen liegt für mich keine Veranlassung vor, weitere Untersuchungs Schritte in der Sache anzubringen. Eisenach x.

Da ich den Inhalt der früheren, bei den Alten befindlichen Aufzügen des Dr. Weiser nicht kannte, wandte ich mich an denselben, legte ihm den letzterwähnten Bescheid vor und ersuchte um die Abschrift der von ihm ausgestellten ärztlichen Zeugnisse. Herr Dr. Weiser verwahrte sich gegen die Zumuthung, daß sich seine Aufzügen mit einander im Widerspruch befänden und erklärte, daß er seine Aufzügen aufrecht erhalte, dieselben auch nöthigenfalls vor Gericht vertreten werde.

Ich lasse hier die ausgestellten ärztlichen Zeugnisse folgen:  
An Frau Wwe. Ludwig zu Köstlich! Auf Ihr wiederholtes Verlangen gebe ich Ihnen hiermit die Abschriften der 2 Zeugnisse, welche ich über den Verlauf der Krankheit Ihres verstorbenen Ehemannes am 6. Mai und 22. Juni vor. Jahres angestellt habe. Da ich in meinen Tagebüchern jedes Zeugnis, sowie jedes Rezept nur in ausführlicher Abklärung, nicht wörtlich eintrage, so enthalten diese Abschriften natürlich nur den wahrheitsgetreuen Sinn, nicht wörtliche Uebersetzung der beiden zu den Alten gelegten Zeugnisse, mit denen dieselben jedoch, falls dies nöthig werden sollte, zu jeder Zeit verglichen werden können, falls das Gericht veranlaßt wird, dieselben zur Durchsicht vorzulegen. Pöfned, den 8. März 1878. Dr. Weiser.

(1. Zeugnis vom 6. Mai 1877 Abends.) Am Sonntag den 29. April Abends rief mich die Ehefrau des Handarbeiters Karl Ludwig zu Köstlich im Vorüberfahren an, forderte mich auf, ihren angeblich am 27. d. M. gemißhandelten Mann zu besuchen und in ärztliche Behandlung zu nehmen. — Ich entgegnete ihr, daß ich dies ungern thue und lieber ablehne, wenn gerichtliche Weiterungen zu befürchten ständen, um aber etwa nöthige Hülfeleistung nicht zu veräumen, gab ich ihnen wiederholten Willen nach und besuchte den Mann. — Derselbe lag in der Oberstufe zu Bett mit bläulich geröthetem Gesicht, Wangen bis zum Nacken gedunnen, an beiden Ohrenmuscheln, besonders den linken, waren Blasen, Schorfe, retroductes Blut. An den Händen und rechtem Unterschenkel fanden sich alte mit Schorfen bedeckte Verletzungen. Dagegen an der linken Hüfte bis zum Oberschenkel herab, der steif und schmerzhaft ausgestreckt lag, eine starke Anschwellung, welche von tiefen Blutergüssen in und zwischen den Hüft- und Gesäßmuskeln herrührte, ohne daß die äußere Haut bunte Flecken oder anderweitige Verletzungen wahrnehmen ließ. Trotz der Steifigkeit und Schmerzhaftigkeit in Hüfte und Kreuz konnte ich einen Bruch der Beckenknochen nicht nachweisen und hielt denselben für höchst unwahrscheinlich. — Dabei bestand zugleich ein chronischer Bronchialkatarrh (d. h. Luftröhren-Entzündung) und ein nur mäßiges Fieber.

Ludwig ist mir schon lange als Gewohnheitsrinker bekannt, es ließen sich also Complicationen, d. h. schlimme Nebenerscheinungen, im Verlauf der Krankheit, voraussehen.

Am 1. und 3. Mai besuchte ich ihn wieder, fand das Fieber gebessert, aber in der Nacht vom 2. zum 3. waren bereits Delirium tremens (sog. Säuferswahn) eingetreten, welches sich in folgender Nacht zu bedrohlicher Höhe steigerte, durch große Gaben von Chloralhydrat mit Morphium jedoch rasch beseitigt wurde, so daß ich ihn am 4. Mai (Freitag) Nachmittag bereits bei ziemlich klarem Bewußtsein antraf. Mittlerweile war indeß, trotz der kalten Umschlüge an der linken Hüfte ein Rothlauf als Vorboten einer in Eiterung übergehenden Entzündung entstanden, welches nach dem Bauch und linken Oberschenkel gleichzeitig sich weiter verbreitete und mit Verstärkung des Fiebers vergegesellschaftete.

Die Brandwunden an den Ohren schidten sich zur Heilung an.

Heute (am 6. Mai) früh besuchte ich Ludwig wieder, fand das Fieber ermäßigt, den Rothlauf nach dem linken Knie herabgezogen, minder entzündlich, weniger schmerzhaft, dagegen hatte die Steifheit in Kreuz- und Lebergegend erheblich zugenommen, da aber das Bewußtsein wieder klar ist, das Wandern des Rothlaufs vom Kumpf abwärts zieht, so scheint die nächste Gefahr beseitigt.

## Fabrikantendespotismus.

Daß viele Fabrikanten der Meinung sind, mit der Arbeitskraft des Arbeiters auch seine Gesinnung, sein ganzes Denken und Trachten gekauft zu haben, daß sie sich das Recht anmaßen, die Arbeiter nach Belieben behandeln zu können, ist nur zu bekannt. Wir wollen hier aus tausend Beispielen von Fabrikantenhumanität nur einige wenige herausgreifen, um zu zeigen, wie weit sich die Unverschämtheit gewisser Selbstpropheten verstreuen kann. — Im Jahre 1876 meldete in Kappel bei Chemnitz ein Arbeiter eine Versammlung an. Der Bürgermeister von Kappel, der die Bekämpfung ausstellen sollte, daß der Einberufer dispoſitionsfähig x. sei, verweigerte dies und mußte deshalb die Versammlung unterbleiben. Der Einberufer, welcher sich sein „gesetzlich garantiertes“ Recht nicht verflümmern lassen wollte, klagte, mußte — aber fast zwei Jahre lang warten, ehe die Angelegenheit zur Entscheidung kommen sollte. Vor Kurzem sollte in der Angelegenheit verhandelt werden. Der Arbeiter, welcher in der Eigenschaft des Eduard Anke in Kappel arbeitete, erhielt von diesem die Weisung: entweder die Beschwerde gegen den Gemeindevorsteher zurückzunehmen, oder die Arbeit zu verlassen. Da der Kläger auf sein Recht nicht verzichtete, es auch nicht glauben wollte, daß der Fabrikant ein Recht habe, ihn in dieser Weise zu beeinflussen, wurde er entlassen. Für die ersten Pfennige, die der Arbeiter erhält, soll er sich zur willkürlichen Maschine erniedrigen und jede Niedertracht über sich ergehen lassen!

Ein anderes Bild! In Ansbach (Bayern) ist ein Fabrikant Namens Koberer, welcher auch ein großer Sozialistensprecher ist. Dieser Mensch ließ eines Tages an das Thor seiner Fabrik folgende „Fabrikordnung“ anheften: „Wer heute Morgens um sieben Uhr nicht da ist, kann erst um ein Uhr Mittags zu arbeiten anfangen, und wer da nicht da ist, wird wegen „Blau machen“ angezeigt.“ In der genannten Fabrik war es aber üblich, daß die Arbeiter an Montagen um 8 oder 8½ Uhr zur Arbeit kamen; sie konnten dies um so leichter thun, da sie fast alle in Afford arbeiteten. Diese neue „Fabrikordnung“ wurde vor ihrer Affixirung den Arbeitern nicht bekannt gegeben, diese wurden auch nicht gefragt, ob sie mit derselben einverstanden seien. An dem betreffenden Montage kamen, dem alten Herkommen gemäß, mehrere Arbeiter um 8 Uhr zur Fabrik und sahen zu ihrem Erstaunen den Ulas. Da ihnen trotz ihrer Bitten der Einlaß verweigert wurde, entsetzten sie sich und blieben

Wie lange freilich, wenn Eiterung eintritt, die Genesung sich hinaus ziehen wird, bis zur Arbeitsfähigkeit, läßt sich für jetzt nicht mit irgend welcher Sicherheit bestimmen. — (Schluß folgt.)

## Sozialpolitische Uebersicht.

— Ein Opfer der Diätenlosigkeit des Reichstags. Der „Hamburgische Correspondent“ schreibt: „Begen einen Reichstagsabgeordneten von Württemberg schwebt eine schwere Anklage. Der Oberamtsrichter von Rottweil, Wirth, Vertreter des Wahlbezirks Rottweil im Reichstag, ist der Fälschung angeklagt und jetzt, nachdem die Voruntersuchung beendigt ist, hat die Anklagekammer den Beschuldigten vor den Gerichtshof von Rottweil zur Aburtheilung verwiesen. Wenn der Abgeordnete Wirth sich von der schweren Anklage nicht wird reinigen können, so muß im Wahlbezirk Rottweil eine Neuwahl stattfinden und ist für diesen Fall wahrscheinlich der ehemalige Gegencandidat, der nationalliberale Rechtsanwalt Dr. Kömer aus Stuttgart, der künftige Vertreter dieses Bezirkes.“

Aus dieser Notiz scheint hervorzugehen, daß der Abgeordnete Wirth der conservativen, oder der liberalen oder demokratischen Partei angehöre, da der „Hamburgische Correspondent“ von seinem ehemaligen nationalliberalen Gegencandidaten spricht. Herr Wirth steht aber selbst als nationalliberal im Parlamentsalmanach verzeichnet — aus welchem Grunde verweigert die liberale Presse auch hartnäckig diesen Vorfall. — Der Oberamtsrichter Wirth galt bis dahin immer für einen respectablen Mann, von dem man annahm, daß er in „geordneten Verhältnissen“ lebe. Das Gehalt eines solchen Richters ist nicht besonders groß; wenn nun ein derartiger Beamter in Berlin als Reichstagsabgeordneter leben soll, so verzehrt die Familie in der Heimath fast das ganze Gehalt und der Reichsbote, der nicht in Berlin wohnt oder kein großes Vermögen hat, oder dessen Partei demselben keine Unterstützung gewährt, muß entweder hungern oder sein Mandat niederlegen. Wenn nun Ehrgeiz oder sonstige Verpöflung ihn verhindern, letzteres zu thun, so kann er auf Abwege kommen, er sucht sich Geld zu verschaffen, geht's nicht auf rechtliche Weise, so geht's auf unrechtmäßige Art, aber immer in dem Gedanken, das Geld zur Zeit zurückzuhalten und so die Aufdeckung des Betrugs zu verhindern. So scheint es auch im vorliegenden Falle gewesen zu sein; wir bedauern deshalb den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten seines jähen Sturzes wegen. Wie aber würden die liberalen Blätter über einen sozialdemokratischen Abgeordneten herfallen, der sich eines ähnlichen Vergehens schuldig machte! Sie würden die ganze sozialdemokratische Partei zu verdächtigen suchen!

— Die Landwirthschaft und die Sozialdemokratie. In der Berliner „Tribüne“ verbricht der große Volkswirthschaftler, Präsident des „Volkswirthschaftlichen Congresses“, Braun, „Unser Braun“, unter vorstehender Ueberschrift einen Leitartikel, der zu Anfang die Forderungen der Sozialdemokratie in Bezug auf den Grund und Boden ziemlich sachlich und verständlich festhält. Herr Braun glaubt aber, daß bei einem allgemeinen Staatsbetrieb die Bewirthschaftung lediglich extensiv und bei Privat- und Detailbetrieb die Bewirthschaftung intensiver und deshalb einträglicher sei. Wir wollen mit Herrn Braun darüber nicht streiten; wir haben die Ueberzeugung und außerdem lehrt es auch die Praxis, daß mit der Extensivität der Bewirthschaftung des Grund und Bodens, wenn die Betriebsmittel nicht fehlen, auch die Intensivität erhöht wird — und der Staat besitzt diese Mittel. Daß wir uns nicht weiter mit Herrn Braun über solche Dinge unterhalten können, das beweist folgender Satz, den Herr Braun schreibt, nachdem er sich in einen gewissen Joru gegen die Sozialdemokratie hineinversetzt hat. Er glaubt, daß der Staat dem landwirthschaftlichen Privatbetrieb allerdings indirekt unter die Arme greifen könne; das sei besser,

„als das Streben nach einem Utopien, in welchem Grund und Boden dem Zukunftsstaat gehört, rationell vertheilt und dann im besten Falle auch intensiv bewirthschaftet werden kann. Die absolute Möglichkeit einer solchen sozialdemokratischen Organisation soll durchaus nicht geleugnet werden, aber es gehört eben auch hierzu nicht nur der Umsturz aller bestehenden

auch Nachmittags von der Arbeit aus. Nun sollte man doch meinen, dieser Koberer hätte, eingedenk seiner Drohung, alle „Blaumacher“ angezeigt. Dem war aber nicht so, denn nur die Sozialdemokraten wurden zur Anzeige gebracht, den Anderen wurde das Vergehen“ gegen die „Fabrikordnung“ gnädigst nachgesehen. Auf die erhaltene Strafverfügung wurde von allen Angeklagten Einsprache erhoben. Mehrere Arbeiter mußten, da sie außer Arbeit gesetzt wurden, abreisen. Vor der Einspruchsverhandlung wurde den noch anwesenden unter Aufsicherung der „vollständigen Verzeihung“ (?) angethan, auszusagen, sie hätten eine Fabrikordnung oder so etwas Ähnliches nicht gesehen. Die ganze Sache sei von den Abgeordneten eingeschüttelt worden u. s. w. Diese wurden nun, da sich die Arbeiter leider betheeren ließen, quasi als Räbelsführer hingestellt und ihnen die ganze „Schuld“ in die Schuhe geschoben. Urtheil „Von Rechts wegen“: Die Verurtheilten Geldstrafen, die Abwesenden Haftstrafe. Der Fabrikant, welcher durch sein provokatorisches Auftreten die Veranlassung zum „Blau machen“ gab, ging selbstverständlich straffrei aus. Bemerkung muß noch werden, daß er vor der Verhandlung die „Fabrikordnung“ beseitigte, wahrscheinlich um nöthigenfalls deren Existenz in Abrede stellen zu können.

Ein drittes Bild! Die Fabrikanten u. s. in Reutlingen leisten in „Humanität“ das Renckemögliche. Im vorigen Sommer wurden den Webern, die bei diesem Herrn arbeiteten, bedeutende Lohnabzüge gemacht, trotzdem das Geschäft gut ging und die Herren ihr Etablissement vergrößerten. Nach Angabe der Arbeiter betragen die Strafen, welche den Arbeitern von 145 Webstühlen in 14 Tagen auferlegt wurden, 40—50 Mark. Vor Kurzem stellte ein Arbeiter, der mit Weib und Kind in der genannten Fabrik arbeitet, während der Mittagsstunde, da er sein langes Mittagsbrod in Ruhe verzehren wollte, einem Mädchen, welches selbst während der Essenszeit arbeitete, die Maschine ein, wurde aber für diesen Frevel sofort entlassen.

Mit der Arbeitszeit der unter 16 Jahre alten Arbeiter verhält es sich in genannter Fabrik folgendermaßen: sie müssen des Morgens um halb 6 Uhr anfangen und Abends bis 7 Uhr arbeiten; diese jungen Leute werden vom Webemeister instruiert, welche Antworten sie geben sollen, falls der Fabrikinspektor kommen und sie über Verschiedenes befragen sollte.

Wir könnten die „Fabrikantenhumanität“ noch durch unzählige Beispiele belegen, wollen es jedoch für heute bei diesen wenigen bewenden lassen.

Besitz- und Bewirthschaftungsverhältnisse, sondern auch eine Organisation, die mit einem Schlage durchzuführen so absolut unmöglich ist, daß selbst die Sozialdemokraten ein Uebergangsstadium — wenigstens in ihrer Majorität — verlangen. — Diese Organisation ist gleichfalls nichts Anderes, als eine Träumerei, eine Vorpiegelung, geeignet, die Besitzlosen unzufrieden zu machen und in das Reich der sozialdemokratischen Weltanschauung zu treiben; der communistische Besitz des Bodens und die Ausnutzung dieses Besitzes steht völlig gleich werth, oder vielmehr gleich unwerth neben allen anderen sozialdemokratischen Ideen.“

Also erst wird die „absolute Möglichkeit“ einer solchen sozialdemokratischen Organisation nicht geleugnet, dann gehört zu dieser Organisation eine Organisation, die absolut unmöglich ist und gleich darauf zu einer „Träumerei“, zu einer „Vorpiegelung“ wird. Alles das in zwei aufeinanderfolgenden Sätzen! Sollte man da nicht fast an den Dämon, delirium tremens genannt, glauben, der dem Verfasser die Feder geführt habe?

— Unsere Neutralität wird durch einen Bericht der „Nordseezeitung“ sonderbar beleuchtet. Aus Gesteinmünde wird dem Blatte geschrieben: „Pulvertransporte nach Rußland. 1 Feldwebel, 1 Sergeant und 10 Mann des hiesigen Fußartillerie-Bataillons Nr. 9 haben gestern die Reise nach Dömitz in Mecklenburg angetreten, von wo aus dieselben zur Begleitung eines Pulvertransportes von ca. 3000 Ctr. nach Barchau kommen.“ Einweilen liefern wir dem „Erbfreund“ Waffen und Pulver, später können wir ja auch Soldaten liefern. Aber neutral sind wir doch.

— Der erste April sonst und heuer. Sonst — frenetischer Jubel der nationalliberalen Lafaien, „so weit die deutsche Junge Klingt“; und heuer — kühl und frostig ist der 1. April in's Land gegangen. Wir waren nahe daran, den 1. April — Bismarck's Geburtstag — ex officio zu einem nationalen „Feitag“ erhoben zu sehen; woran mag es also nur liegen, daß die Nationalliberalen plötzlich ihrem Hahngott den Rücken kehren und thun, als existierte er für sie nicht mehr? Sollten die Nationalliberalen in sich gegangen und inne geworden sein, daß es einer politischen Partei unwürdig sei, Abgötterei zu treiben? Oder sollten wohl gar die ersehnten Ministerseffel, die wie eine fata morgana den geblendeten Augen der regierungsfüchtigen Nationalliberalen wieder entwandten, mit im Spiele sein? Doch dem mag sein wie ihm wolle. Für heut wollen wir nur die Thatsache constatirt haben, daß Bismarck's Geburtstag heuer unbeachtet vorübergegangen ist, unbeachtet von derjenigen Partei, die diesen Tag in früheren Jahren mit einer ekelhaften Ostentation feierte.

— Unseren ungarischen Genossen wurde es bekanntlich verboten, einen Sozialisten-Congreß in Pest einzuberufen. Nachdem alle Versuche, die Erlaubniß für einen solchen nachträglich zu erhalten, gescheitert waren, beschlossen sie, einen Congreß der Nichtwahlberechtigten zu veranstalten, und erstatteten am 14. Februar c. dem Ministerium hiervon Anzeige. Da bis heute kein Bescheid auf diese Mittheilung erfolgt ist und ein Vereinsgesetz nicht existirt, so nehmen sie an, daß diesem Congreß nichts im Wege steht, und berufen denselben auf den 21. und 22. April nach Budapest. Unterzeichnet sind Dr. S. Csillag, J. Berenczy und J. Kürschner.

— Der Strike der Pariser Schriftseher ist zu Gunsten der Streikenden so gut wie entschieden, da sich die Zahl derjenigen Firmen, die unter dem Druck der öffentlichen Meinung, in Verbindung mit den für die Seher günstigen Druckkonjunkturen, kapitalirt hat, ansehnlich gemehrt hat. Außerdem hat der Strike noch zur Folge gehabt, daß sich mehrere Hundert Buchdrucker-gehilfen der bestehenden Organisation der Seher angeschlossen haben, ein Umstand, der nicht minder hoch anzuschlagen ist, als der siegreiche Ausgang des Strikes.

— Daß Rußland ein „Culturstaat“ ist, haben seit Beginn des russisch-türkischen Krieges die reptilifirten westeuropäischen Breßkolen nicht nur zum Ueberdruß versichert, auch die politischen Prozesse, welche gegenwärtig in Rußland auf der Tagesordnung stehen und besonders in Odesa floriren, sind eines jener Merkmale, die den nördlichen Kolos würdig erscheinen

## Es lebe der Wohlstand!

Daß solche Leute, die in warmen Himmeln ihren „Pflichten“ genügen, — den Leib gegen die Einbrüche der Witterung schützen, — die Füße unter die wohlbesetzte Tafel behaglich strecken, — den Magen mit den besten Lebensmitteln versorgen können, und endlich sich keine Erholung zu versagen brauchen, daß solche Leute entfristet in die Welt hinauszuweisen: „Es existirt kein Nothstand“ — ist wahrlich nicht zu verwundern.

Nun wohl, wir wollen einmal die Rückseite des obigen Bildes betrachten, um uns zu überzeugen, ob wirklich kein Nothstand existirt, und zu diesem Zweck will ich aber meine eigene Lebensfristung Einiges bringen.

Rom 4. Oktober v. J. bis 9. November betrug meine Einnahme 18 Mark 75 Pf., demnach pro Tag 52½ Pf. Rom 9. bis 21. November 8 M. 45 Pf. oder pro Tag netto 65 Pf. Rom 21. November v. J. bis 1. Januar d. J. 43 M. 45 Pf., gab also für den Tag: 1 M. 8½ Pf. Rom 1. bis 24. Januar 7 M. 60 Pf. oder pro Tag 31½ Pf. — Nun muß ich bemerken, daß ich nicht das glückliche Loos verschiedener Beamten theile, also nicht umsonst wohne, auch die Heizung mir nicht umsonst geliefert wird. Die Wohnung kostet mich täglich 20 Pf., die Heizung (je nachdem die Witterung ist) 15, 20, 25 Pf. Bei der ersten Rechnung bleibt also nach Abzug der Wohnung und niedrigstem Satz der Heizung für Nahrung, Schuhmacher, Wäsche und sonstige notwendige Artikel die nette Summe von 17½ Pf. übrig.

Das ist aber kein „Nothstand“. Ei bei Leibe nicht!

Bei der zweiten Rechnung bleiben 30 Pf. zur Bestreitung obiger Bedürfnisse. Die dritte wirkt die horrenden Summe von 68½ Pf. ab. Die vierte Tagesquote langt aber kaum für Wohnung und Heizung! Woher bezog ich das Uebrige, Nahrung u. s. w.? Antwort: Das schwebte für mich ganz einfach in der Luft!

Apropos, meine Herren „Nur-Wohlstand-Kenner“, da wir gerade bei der Luft sind, — wie wäre es denn, wenn die Luft indirekt mit Steuer belegt würde? Man klagt doch schrecklich über „Waldmangel“. Wir besitzen zwar „Milliarden“, sind aber trotzdem so arm wie eine Kirchenmaus. Mein Vorschlag würde aber einen „Goldregen“ herbeiführen. Welch herrliche Sachen könnte man nicht mittelst dieses „Waldmangel“ zur Stütze und Schönheit der heutigen Ordnung anschaffen?

Was sagen Sie? „Es würde zu wenig einbringen?“ —

lassen, in Reich und Glied mit den anderen europäischen „Culturstaaten“ gestellt zu werden. Denn ohne Kriege und brutale Unterdrückung der freien Regierung der Geister kann die heutige „Cultur“, welche übrigens den Höhepunkt ihrer volkswohlfahrtsfeindlichen Entwicklung erreicht haben dürfte, nun einmal nicht bestehen. Um auf die vielen politischen Prozesse zu kommen, die gegenwärtig in Rußland theils geführt werden, theils bereits zum Austrag gelangt sind, ist besonders einer erwähnenswert, der sich zu Ende vergangenen Monats in Odessa abspielte, und in den zehn Unteroffiziere und Soldaten eines in Odessa stationierten Regiments verwickelt waren. Selbstredend handelte es sich auch in diesem Falle um das „Verbrechen“ der revolutionären Propaganda, welches gemeinhin in der Verbreitung verbotener Bücher und Schriften besteht. Und da in Rußland alles verboten, was nicht erlaubt ist, so kann selbst der harmloseste Mensch ganz gegen seine Absicht über Nacht zu einem Revolutionär werden. Die Verhandlungen in dem erwähnten Prozeß wurden bei geschlossenen Thüren geführt, und es erschien außer den zehn Soldaten und Unteroffizieren auch ein Student, Namens Famitschewsky, auf der Anklagebank. Nur der Student wurde freigesprochen, weil seine Schuld nicht nachgewiesen werden konnte, die Unteroffiziere und Soldaten dagegen sämtlich zur Zwangsarbeit verurtheilt, und zwar zur Zwangsarbeit in der Dauer von 10 bis zu 20 Jahren. Wegen Verbreitung verbotener Schriften 10 bis 20 Jahre Zwangsarbeit! — O, über diese „Cultur“!

— Spanien. Die sozialistische „Revista social“ (Soziale Revue, in Barcelona erscheinend) meldet, daß die Geschäftsflutung in Spanien ein schredenerregendes Elend nach sich zieht. In sämtlichen Fabriken Cataloniens wurde die Hälfte der Arbeiter entlassen; die Anderen wurden auf den halben Lohn reduziert, so zwar, daß die besten Arbeiter 12, 10 und 8 Pefetas wöchentlich verdienen. Bei der dumpfen Verzweiflung der hungernden Einwohner entblödeten sich die „liberalen“ Cortes nicht, Hunderttausende für König Alfonso's Hochzeit zu votiren. Den Briganten, die um Tafalla im navarresischen Gebiet unter karlistischem Banner „requiriren“, drückt nur der Hunger die Hinte in die Hand. Auch die Schiffsahrt von Valencia und Cartagena ist halb lahm gelegt. — Ein anderes, nicht sozialistisches spanisches Blatt, „La Salud d'Alicante“, berichtet, daß im Januar 31 und im Februar 50 Todesfälle an Hungertypus in Castilien vorgekommen sind. Auch auf Malorca ist der Hungertypus ausgebrochen. Von Malaga sind 233 Hafenarbeiter und Lastträger nach Brasilien ausgewandert, um nicht mit ihren Familien zu verhungern.

— Aus der amerikanischen Musterrepublik. Das Cincinnati „Volkblatt“, ein unserer amerikanischen Parteiorgane, faßt das Ergebnis einer Untersuchung der Zustände in dem Staatszuchthause von Ohio wie folgt zusammen:

Es ist von den Beamten des Staatszuchthauses nicht in Abrede gestellt worden, daß folgende Martermethoden in der Anstalt gang und gebe sind:

1. Aushungerung: 1) durch Entziehung des Abendessens, eine sehr harte Strafmethode für Leute, die ohnehin schlecht genährt werden und dabei hart arbeiten müssen. 2) Wird ein Sträfling zur Dunkelzelle verurtheilt, so bekommt er bloß zweimal täglich ein kleines Stück Weizenbrot, dreiviertel Hohl die und von der Breite eines Soda-Traders, und sonst nichts als Wasser, auch wenn diese Strafe tagelang fortbauern sollte. Doch verlangt man von ihm nach überstandener Strafe dasselbe Arbeitsmaß.

2. Der Knebel: Eine Art Gebiß, das aus Draht gemacht und mit Tuch überzogen, dem Gefangenen wie einem Pferde zwischen die Kinnladen in den Mund gethan wird. Dasselbe wird hinten angezogen und festgebunden, so daß die Unglücklichen nicht schreien, oder wenigstens nicht laut schreien können.

3. Der Schwitzkasten: Eine Kiste so groß wie ein Sarg, in welche der Gefangene eingeschlossen wird. Er hat keinen Raum, sich zu bewegen, sondern muß, mit den Armen an den Seiten festgebunden, aufrecht stehen. In dem Deckbrett sind einige wenige Löcher angebracht, gerade hinreichend, um ihn vor dem Erstickn zu bewahren. In kurzer Zeit ist er in Schweiß gebadet, während alle seine Glieder zittern und seine Junge heiß und trocken wird. Aus diesem Kasten werden die Gefangenen in ein eiskaltes Bad gebracht.

4. Der Bull-Ring. Ein beinahe mannshoch in der Dunkel-

Warum nicht gar. Ein so ausgiebiges Feld — wenig einbringen. Wie? „Gerade wie die Luxusperde und Equipagen?“ O, das sehe ich nicht ein. Diejenigen, welche Luxusperde und Equipagen steuerfrei halten dürfen, könnten auch die Luft umsonst einathmen. Sie brauchen sich bloß eine — Luftreinigungsmaschine anzuschaffen, die ist auch steuerfrei. Ueberhaupt soll ja mein Plan bloß für das arme Volk Geltung haben. Das kann man schon stark pressen. „Zu viele Hindernisse?“ Warum nicht gar? Hindernisse existiren beim „indirekten“ Verfahren nicht; nur direkt —

Schade, ich wählte mich schon im Besitz eines Patentes für Erfindung einer „neuen Mutter“ für die „Steuerschraube ohne Ende“. — Gehen wir also zum Schluß des Bildes über. Die ganze Einnahme beträgt 78 M. 25 Pf. Ausgegeben wurden für Schuhmacher, Wäsche u. s. w. 7 M. 50 Pf., demnach bleiben für Wohnung, Heizung, Nahrung 70 Mark 75 Pf. noch übrig.

Die ganze Zeit beträgt 113 Tage, demnach kommen durchschnittlich auf den Tag 62 $\frac{1}{2}$  Pf. (Die Bruchtheile sind nicht aufs Haar berechnet.) Nun ziehen wir für Wohnung und Heizung nur 40 Pf. ab, dann bleiben zur Beschaffung von Nahrungsmitteln ganze 22 $\frac{1}{2}$  Pf. übrig!

Das langt für manchen „Nur-Wohlstands-Kenner“ nicht für einen halben Tag auf Cigarren! Ist vielleicht ein zweiter „Adam Riese“ unter Ihnen, der mir als praktischer Finanz- und Handelsminister sagen könnte, wie man bei den herrschenden Nahrungspreisen es anzufangen hat, damit man für 22 $\frac{1}{2}$  Pf. täglich dem Körper die notwendige und kräftige Kost bieten kann? —

Wie? Es ist kein solcher Praktikus unter Ihnen? Thut mir leid. Ich war schon erfreut, möglicherweise etwas Werthvolles lernen zu können.

Nun kommt die Unterchrist meines Kunstgemäldes: „Wie viel wird für einen Gefangenen pro Tag gerechnet?“ Oder: Ist der freie Mensch dazu verurtheilt, an „Entkräftung“, auf rein deutsch, den „Hungertod“ zu sterben?

Jetzt, meine Herren „Nur-Wohlstands-Kenner“, haben Sie gewiß das Resultat gefunden, welches die Vorderseite — den Wohlstand — wie auch die Rückseite — den Nothstand — darstellt hat. Haben Sie noch den beneidenswerthen Muth, in die Welt hinauszulagen:

„Es existirt kein Nothstand?“ —

A. S.

zelle angebrachter eiserner Ring, an welchen die Hände der „widerwärtigen“ Sträflinge gefesselt werden. In dieser Stellung müssen sie dann zwölf bis sechzehn Stunden, gewöhnlich die ganze Nacht, zubringen, ohne auch nur einmal losgelassen zu werden, auch nicht zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse. Natürlich schwellen die Arme und Hände; und das Jittern der Glieder, das dadurch erzeugt wird, dauert oft noch geraume Zeit nachher fort.

5. Die Dunkelzelle, sechs Fuß lang und zwei oder drei Fuß breit, mit steinernen Mauern und ohne andere Einrichtung, als ein „Büdel“ und ein Brett statt eines Lagers. Die eiserne Thür derselben schließt so dicht, daß sie weder Luft noch Licht einläßt. In diesem Grabe werden die Leute oft Tage lang gefangen gehalten und häufig auch, nachdem sie bereits andere Martern, wie z. B. den „Bull-Ring“, haben aushalten müssen. Wenn sie herauskommen, sehen sie aus, als ob sie von den Todten auferstanden wären. Der „Bull-Ring“ ist mitunter auch in der Dunkelzelle angebracht, um beide Methoden zu vereinigen.

6. Der Taucherlente werden die meisten der Erkältungen und Lungentrankeiten zugeschrieben, an denen die Sträflinge leiden, sowie auch viele der Wahnsinnsanfalle. Sie ist sechs Fuß lang und drei Fuß weit, und wird drei Fuß hoch mit eiskaltem Wasser gefüllt, in welches die Unglücklichen geworfen werden. Ihre Füße werden gefesselt und die Hände auf den Rücken festgebunden. Zuerst läßt man sie sitzen und ihnen das Wasser in's Gesicht strömen, daß sie davon momentan erblinden und den Athem verlieren. Dann wirft man sie nieder und hält ihnen den Kopf unter das Wasser, bis sie beinahe erstickt sind. Diese Operation wird mehrere Male wiederholt, obwohl das Opfer in den Zwischenpausen mit halbem Athem jammervoll und leuchend um Gnade winzelt. Natürlich erbrechen sie dabei und verunreinigen sich auf sonstige Weise. Dies hindert jedoch nicht, daß man ihnen den Kopf in dasselbe schmutzige Wasser zurückstößt. Duhende von Gefangenen werden oft hintereinander in dasselbe Wasser geworfen und kommen mit blutendem Munde und blutenden Nasen wieder daraus hervor.

Da könnten unsere europäischen Gefängnis- und Buchtthausdirektoren möglicherweise noch etwas lernen.

— Genosse Kohleder, der erst vor wenigen Wochen aus einer längeren Haft entlassen war, hat neuerdings Staatsquartier auf 6 Monate in dem Nürnberg'schen Gefängnis bezogen. Als Redakteur des Münchener „Zeitgeist“ hatte sich Kohleder eine „Bismarckbeleidigung“, „Gotteslästerung“ und das „Vergehen“ der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen zu Schulden kommen lassen und dafür die 6 Monate erhalten.

— Preßfreiheitsliches. Der Redakteur der „Halberstädter Freien Presse“, Genosse Fr. Voigt, bezog am 4. d. M. auf neun Monate das Halberstädter Gefängnis, weil er einen in ganz Deutschland unbeanstandeten Artikel, „Bismarck's Sturz“ betitelt, abdruckte. Es geht doch nichts über die Einheit im deutschen „Reiche“.

— Nach einem Gerücht, das gegenwärtig die Runde durch die deutsche Presse macht, soll Parteigenosse Bebel Leipzig verlassen und sich in Paris angesiedelt haben. Säge Bebel gegenwärtig wegen Beleidigung des „ersten deutschen Staatsmannes“ nicht im Bezirksgerichts-Gefängnis zu Leipzig, aus dem er erst gegen Ende Mai entlassen wird, so wäre die Abwesenheit des Gerüchtes doch schon dadurch konstatirt, daß der Pariser „Figaro“ dessen Vater ist. Also kein Wort weiter hierüber.

## Correspondenzen.

Ahrensburg, 22. März. Eine interessante Volksversammlung fand Sonntag den 17. März hier selbst statt. Die Versammlung war seitens des antiozialistischen Vereins einberufen. Bureauwahl fand nicht statt, den Vorsitz führte vielmehr der Präsident des antiozialistischen Vereins, Lehrer Koch. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag über „Das Kapital“. Als Referent über dieses Thema war Lehrer Vendingdorff aus Ahrensburg annoncirt. In nicht gerade stehender, durch lange Pausen unterbrochener Rede entledigte sich der Redner in der denkbar schlechtesten Weise seiner Aufgabe. Die Quintessenz des meistentheils vor- und abgelesenen Referates bildete der Gedanke: Was jedem zugänglich ist, ist kein Kapital, was nicht jedem zugänglich ist, bildet das Kapital; außerdem ist die Sozialdemokratie die größte Feindin des Kapitals. (?) Selbst der Vorsitzende und Gesinnungsgenosse des Referenten, Lehrer Koch, konnte sich während dieser oratorischen Leistungen des Lachens nicht enthalten. — Endlich war das Auditorium von diesem Redner befreit. Jetzt bat Genosse Hermann Lange, der auf Aufforderung der Ahrensburger Sozialisten in dieser Versammlung erschienen war, um das Wort und erhielt dasselbe auch. In etwa dreiviertelstündiger Rede widerlegte Lange zuerst gründlich die Fäseleien des Referenten und gab dann klare und genaue Definitionen über Gebrauch und Tauschwerth, erläuterte die Entwicklung und Bedeutung des Kapitals, beleuchtete seine Stellung in der heutigen Produktionsweise und schloß unter lebhaftem Beifall der Anwesenden mit der bündigen Erklärung, was Kapital sei. Der Vorsitzende ergriff nunmehr das Wort, um Herrn Lange für seine leidenschaftlosen und klaren Ausführungen zu danken, der ihm „ein anständiger und gebildeter Sozialdemokrat“, wie z. B. Fröhliche in Berlin und Geib in Hamburg zu sein scheine“ und meinte zum Schluß, Sozialdemokratie und Fortschrittspartei müßten Hand in Hand gehen. (!) (Bemerkte sei übrigens, daß Lehrer Koch als ein nicht ungehobelter, wenn auch nicht tiefer Redner sich zeigte.) Nach einigen unklaren Bemerkungen des Referenten Vendingdorff ergriff wiederum Genosse Lange das Wort und verwarnte sich entschieden gegen den Bruderlaß von Eugen Richter und Consorten, kritisirte scharf und schneidend die parlamentarische Thätigkeit der Fortschrittler und Liberalen und ermahnte die anwesenden Arbeiter und Handwerker, den Conservativen so gut wie den Liberalen den Feindhändschau in's Gesicht zu werfen. (Hier entzog der Vorsitzende dem Genossen Lange das Wort, „erlaube“ ihm jedoch gleich darauf, noch fünf Minuten seine „Lästerungen“ fortzusetzen.) Nachdem dann Lange seine „Lästerungen“ beendet, gab Herr Koch wieder seine pathetischen, oratorischen Ergüsse zum Besten. Da aber die Zeit schon weit vorgeschritten war und das Publikum den Saal verließ, erklärte der Vorsitzende Schluß zu machen und so erfolgte denn auch nach einer persönlichen Bemerkung des Herrn Lange und nach dem Schlussworte des „hochgeehrten Herrn Vortragenden“ Schluß der Versammlung.

Magdeburg, 27. März. Montag den 24. d. M. hatten auch wir Gelegenheit, den „großen Agitator“ Bujarsky in einer von circa 3000 Personen besuchten Versammlung zu hören. Selbstredend war der Mann in der Absicht hierher gekommen, um der Sozialdemokratie den Garaus zu machen und an deren Stelle die allein selig machende Harmonielehre zur Geltung zu bringen. Aber weder das Eine noch das Andere gelang dem Sendling Wajarsky's, und wenn Bujarsky anderwärts mit demselben Mißerfolge propagandirte, dann kann man ihn getrost als einen unfreiwilligen Agitator für die Sozialdemokratie bezeichnen, und Herr Hirsch hätte besser gethan, die „Groschen der Arbeiter“ für andre Zwecke zu verwenden. Bujarsky sprach über das Thema: „Die Gewerkschaften, der antiozialdemokratische Congreß und die Sozialdemokratie.“ Was er sprach, verlohnt sich nicht, daß es der Bergessenheit entrissen wird, nur soviel sei erwähnt, und darin werden uns auch die Nichtsozialdemokraten Recht geben müssen, die an jenem Abend Bujarsky gehört haben, daß er nicht zu Jenen gehört, von denen selbst Gegner lernen können. Gewiß nicht! Nur Eines kann nicht stillschweigend übergangen werden. Bujarsky spielte nämlich als Trumpf eine Aeußerung Brade's aus, die derselbe gelegentlich einer Berliner Disputation mit Max Hirsch gethan haben sollte und die darin gipfelte, daß er sich mit dem im sozialistischen Programm enthaltenen Ausdrücke: „Gegenüber der Arbeiterpartei bilden alle anderen Parteien eine reaktionäre Masse“ nicht einverstanden erklären könne. Wenn Bujarsky durch die Erwähnung dieser vermeintlichen Aeußerung Brade's etwa den Beweis liefern wollte, daß er für eine freiheitliche Partei wirke, so kann man ihm das kindliche Vergnügen schon gönnen, nur wird dadurch nichts an der Thatsache geändert, daß die Fortschrittspartei gegenüber den Monarchischen Forderungen der Sozialdemokratie in der That zu jener antiozialdemokratischen Masse gehört, die diese Forderungen bekämpft, daß sie also in Wirklichkeit einen Theil der „reaktionären Masse“ bildet, von der im sozialistischen Programm die Rede ist. Rein, Herr Bujarsky, die politisch rabuläre Phrase zieht bei den Arbeitern nicht mehr, sie wollen Thaten sehen. Und eine solche That, nach der alle Interessen der Arbeiter drängen, ist die Etablierung der sozialistisch organisirten Gesellschaft. Das Hoch übrigens, welches die Menge zum Schluß der Versammlung der Sozialdemokratie ausbrachte, wird Herrn Bujarsky wohl belehrt haben, daß sein Proselytenfang für die Hirsch'sche Harmoniealbernheit ohne jeglichen Erfolg war.

Leipzig. Wie in früheren Jahren, so wurde auch für das Jahr 1877 vom Vorstande des hiesigen Arbeiterbildungsvereins ein Bericht über die Thätigkeit des Vereins herausgegeben. Der Verein besitzt Freunde und Anhänger in fast allen Theilen Deutschlands und darüber hinaus, und es dürfte daher wohl von Interesse sein, eine Uebersicht des von dem Verein Gebotenen zu geben. Es wurden 68 Vorträge gehalten, und zwar alle — einen einzigen ausgenommen — unentgeltlich. Discussionen, in denen theils sozialpolitische, theils naturwissenschaftliche Fragen behandelt wurden, fanden 17 statt. Der Vorstand des Vereins hielt 49 Sitzungen ab. — Neu eingerichtet und eröffnet wurden im verflochtenen Jahre Kurse in der Literaturgeschichte, Rundschau, Phonographie, dreifache Buchführung — russisches System — Geschichte und für Fortgeschrittene in der russischen Sprache und Stenographie. Im Ganzen wurde von 14 Lehrern in 26 Kursen, bei 18 verschiedenen Unterrichtsgegenständen, Unterricht erteilt. Der Unterricht war, wie sich das aus der Statistik der Theilnehmerzahl ergibt, durchschnittlich gut besucht. — Der deklamatorische Club zählt 16 Mitglieder incl. 4 Damen, der Gesangsverein hat 51, die Turnersektion 66 und die stenographische Sektion 16 ordentliche Mitglieder; lehtere außerdem 4 correspondirende Mitglieder. — Die Bibliothek des Vereins zählt 2265 Bände; ausgeliehen wurden an 202 Mitglieder 1679 Bände. Vermehrt hat sich die Bibliothek um 134 Bände, die sämtlich dem Verein geschenkt wurden; außerdem besitzt die stenographische Sektion eine Bibliothek von 75 stenographischen Werken und Broschüren. Das Archiv des Vereins enthält 432 Schriften verschiedenen Inhalts. Im Besitze liegen 64 Zeitungen aus, die dem Verein zum Theil gratis zugehen. Beizendvorlagen für Freihandzeichnen, gewerblich-technisch-architektonisches und Maschinenzeichnen, sind 1060 vorhanden. — Die Mitgliederzahl betrug durchschnittlich 364 per Monat, im vorigen Jahre nur 309; am meisten Mitglieder hatte der Verein im November — 533 —, am wenigsten im Oktober — 293. — Die laufende Kasse war am Schlusse des Jahres 1247, im vorigen Jahre 946. Es sind im Verein 133 verschiedene Berufsvereine vertreten, z. B. 86 Schlosser, 86 Tischler, 83 Schriftsetzer, 72 Schneider, 70 Markthelfer, 69 Schuhmacher, 58 Kaufleute, 58 Schreiber u. s. w. Von außerdeutschen Staaten gehören dem Verein an: 19 Oesterreicher, 4 Russen, 3 Schweizer und je 1 Griech, Däne, Engländer und Schwede. Im Kassenbericht finden wir eine Einnahme von M. 6676.25, Ausgabe M. 6542.84, also einen Ueberschuß von M. 133.41. — Das jetzige Vereinslokal befindet sich Quersstraße 24.

Wie wir schon früher in diesem Blatte berichteten, war der Verein genöthigt, das Lokal, welches er 12 Jahre lang innegehabt, zu verlassen. Da es äußerst schwierig war, ein neues, passendes Lokal zu finden, so gewann die Ansicht immer mehr Raum, daß der Verein darauf bedacht sein müsse, sich eine eigene Heimath zu gründen. Es wurde dieserhalb mit der Sammlung eines Baufonds begonnen, der am Schlusse des Jahres 316 M. betrug.

Die Freunde des Vereins erleben aus obiger Zusammenstellung, daß derselbe nach wie vor ein reges Leben entfaltet und immer mehr zu leisten bemüht ist, um für seinen Theil thatkräftig mitzuwirken zur Erreichung des großen Zieles der Arbeiterbewegung: Erlösung der darbenenden Menschheit aus den tausendjährigen Banden der geistigen und körperlichen Knechtschaft!

—n.

Düsseldorf, 27. März. Schluß Gründung eines antiozialistischen Vereines wurde hier am 24. März eine von den Vertretern der evangelischen Gemeinde einberufene Versammlung abgehalten. Als Redner fungirten zwei Pastoren, welche sich ihre Aufgabe so leicht als möglich machten. Das erste Pfäfflein beschränkte sich darauf, aus dem Zusammenhange herausgerissene Bruchstücke aus den Gedichten von Hoffmann, Haacke, Geib und Anderen zu citiren und durch dieselben den „Beweis“ zu erbringen, daß die Sozialdemokraten nichts Besseres im Sinne führen, als den „Herrgott“ abzusehen, und daß es Pflicht eines jeden Christen sei, für diesen in die Schranken zu treten und sich unter der Führung seiner Diener, der Pfaffen, gegen die bösen Sozialdemokraten zu vereinigen. Der zweite Redner ermahnte zum Weiritt zur christlichen Reactionspartei, in welcher man seine „Gewissenstrube“ wieder finden könne. Es wurde das alte Lied, daß man als Entschädigung für irdischen Hunger mit „jenseitigen“ himmlischen Freuden entschädigt werde, gesungen. Als Beweis der erlangten „Gewissenstrube“ führte der fromme Herr die Renegaten Küster und Grüneberg an, verweigerte aber, daß diese Leute sich durch ganz profane „irdische“ Bruchtheile, nicht aber durch die zu erwartenden „himmlischen“ Freuden bestimmen ließen, „gute Christen“ zu werden. Küster habe beständig die Bibel neben sich liegen, um die „massenhaften“ Anfragen der Arbeiter beantworten zu können. Ein Brachtzemplar, dieser Küster! Im salbungsvollen Kanjeltone versicherte der Pastor, seine Partei wolle ja auch die Beschränkung

der Frauennarbeit, Regelung der Kinderarbeit und Schaffung eines Normalarbeitstages, nur müssen die Arbeiter zuerst zu „Gott“ wieder zurückkehren. Genosse Busse wies in längerer, ausführlicher Rede den Hochwürdigsten das Pharisäerhafte ihres Vorgehens nach und betonte hauptsächlich, daß die Pfaffen durch Jahrhunderte hindurch Gelegenheit gehabt haben, etwas für das Volk zu thun, daß sie es aber nicht nur nicht thaten, sondern stets die willkürlichen Werkzeuge der Gewalt, und stets bemüht waren, das Volk in Ketten und ausbeuten zu helfen. Jetzt, da die Arbeiter selbstständig vorgehen und, sich auf die eigene Kraft stützend, sich von dem Einflusse, den die Pfaffenschaft seit Zeiten auf das Volk ausübte, befreien wollen, greifen sich die Herren als „Arbeiterfreunde“ und sind bemüht, die Arbeiter in der alten Abhängigkeit zu erhalten. Den Ausführungen unseres Genossen entgegenzutreten, hatten die Herren Prediger nicht Lust. Ein anwesender Secretär half ihnen aus der Verlegenheit und beantragte die Vertagung der Verhandlungen, „weil — Sozialdemokraten anwesend seien, welche opponiren würden.“ Selbstverständlich wurde der Antrag angenommen. Die Gulen Scheuen das Tageslicht! Als Curiosum sei noch angeführt, daß der Vorsitzende zum Schluß der Versammlung für ihr Erscheinen den „niedrigstgelegten Dank“ aussprach: „den Besitzenden und Reichen, den Vertretern der königl. Regierung, den Männern der Wissenschaft, den „ehlen“ Frauen und Jungfrauen und den — Sozialisten.“ Ob dieses „Dankes“ sehr befriedigt gingen die Leute nach Hause und die Comödie war zu Ende.

**Begingen** (bei Reutlingen), im März. In unser Städtchen ist nun auch der Sozialismus eingedrungen. Mit der Tagesordnung: „Die Bestrebungen der Sozialdemokratie“ fand am 16. März eine Versammlung statt. Genosse Vossau, Redakteur unseres Parteiorgans „Süddeutsche Volkszeitung“, hatte auf Ersuchen bereitwilligst das Referat zugesagt. Am 12. März mußte er eine ihm schon früher zuerkannte Gefängnisstrafe von sechs Wochen antreten. Deshalb übernahmen das Referat Genosse Wolz aus Reutlingen und Genosse Lutz aus Tübingen. Die Versammlung war gut besucht und folgte mit sichtlichster Aufmerksamkeit den klaren und eindringlichen Ausführungen der beiden Referenten. Trotz mehrfacher Aufforderung meldete sich kein Gegner zum Wort. Auch der Herr Schultheiß beehrte unsere Versammlung mit seiner Gegenwart, dagegen war Schullehrer Auh, als Sozialistenfeind bekannt und deshalb brieflich eingeladen, nicht erschienen. Die Versammlung verlief ohne jede Störung. Ein ziemliche Anzahl Broschüren wurde abgesetzt. Mit Befriedigung blicken wir auf diese Versammlung zurück und werden in der Agitation nicht erlahmen.

**Gießen.** Die Parteigenossen erinnern sich vielleicht noch einer Volksversammlung, welche im April vorigen Jahres hier stattfand und in welcher mehrere Professoren sich bemühten, dem Sozialismus den Garaus zu machen. Dieses gelang den Herren nicht, vielmehr trat das Gegenteil ein, die Herren wurden gründlich heimgeschickt. Bei der später erfolgten Wahl zum Stadtverordnetenkollegium kamen die Herren Gegner diesmal noch mit dem Schreden davon, gegenwärtig aber ist es der Reichskanzler selber, der dieselben in ihrer Ruhe stört, denn wem da bekannt ist, daß der weitaus größte Theil der Bevölkerung Gießens und der Umgegend in der Tabakindustrie beschäftigt ist, kann sich lebhaft vorstellen, von welcher Bedeutung das neuere Tabaksteuerprojekt für die hiesige Bevölkerung ist. Wir erwarteten daher täglich eine Aufforderung zu einer öffentlichen Versammlung, damit den Interessenten Gelegenheit geboten werde, Maßnahmen gegen die Absichten des Reichskanzlers zu treffen. Allein unser Harren war vergebens, und so mußten wir die Initiative ergreifen. Wir beriefen eine Volksversammlung ein, in welcher Genosse Pfannkuch aus Cassel über die indirekten Steuern, mit besonderer Bezugnahme auf die Tabaksteuererhöhung und das Monopol sprach. Diese Versammlung war fast ausschließlich von Arbeitern besucht und sprachen sich dieselben in einer Resolution gegen die Tabaksteuer und das Monopol aus. Eine weitere Versammlung fand am 24. März statt, in der abermals Genosse Pfannkuch, der schon Tags vorher in Friedberg in einer Volksversammlung gesprochen hatte, über das Thema: „Ist der Sozialismus culturfeindlich?“, referirte. Diese Versammlung war gut besucht. Nachdem der Referent in fast zweistündigem Vortrag dasselbe behandelt hatte, traten ein Gymnasiallehrer, Dr. Weisenbach, und ein Inhaber eines Privat-instituts, Dr. Kübel, auf, um gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen; aber die Waffen der Herren waren zu stumpf, als daß auch nur ein Hieb gefessen hätte. Pfannkuch, sowie einige hiesige Genossen entgegnete den Herren in ruhiger, sachlicher Weise, und wir dürfen mit Recht von dieser Versammlung sagen, daß sie uns genügt hat. Auf diese Weise arbeiten wir unentwegt weiter. Mag auch der Boden felsig sein, unser Muth wird uns nicht verlassen.

**Friedrichshagen, 23. März.** Die Arbeitsverhältnisse gestalten sich auch hierorts von Tage zu Tage schlechter, dabei stehen die Arbeitslöhne niedriger als je. So hat, um nur ein Beispiel anzuführen, der Domänenpächter eines benachbarten Ortes einen tüchtigen Arbeiter für dreiwöchentliches Schuttfahren ganze 8 Mark 40 Pf., pro Woche also 2 Mark 80 Pf. gezahlt, und der Mann mußte nicht, da er froh sein mußte, überhaupt noch etwas verdient zu haben. Auf derselben Domäne bekommen die an Jahren alten Arbeiter, deren Arbeitskraft im Dienste der „Herren“ also bereits draufgegangen ist, 60 Pf. Lohn pro Tag, was obendrein als eine ganz besondere Gnade gilt. Und Angesichts solcher Thatfachen wagen es gewisse Herren noch, die Behauptung aufzustellen, die Arbeiter ständen sich ganz gut. Nach diesen Worten sind die Arbeiter gut gestellt, so lange sie nicht Hungers sterben; tritt dieser Fall ein, dann öffnen sie den gepackten Geldbeutel und verabreichen den Hungernden eine „milde Gabe“ aus purer „Nachsichtliebe“.

**Frankfurt a. M., 30. März.** Preßlegaleien. Eines der miserabelsten Reptilienblätter, die „Neue Frankfurter Presse“, verübt in ihrer Nr. 89 vom 26. März folgende Gemeinheit: „Der ober die Freyer, welche das nichtwürdige Hubsenstück begingen, die zur Erinnerung an das 50jährige Jubiläum der Leipziger Völkerrschlacht auf dem Hanauer Schlachtfelde gepflanzte Eiche anzufügen und abzubrechen, sind noch nicht entdeckt. Der Stadtrath hat eine Belohnung von 50 Mark für eine Anzeige festgesetzt, die auf die Spur der Thäter führt. Daß den 17. März die hiesige Sozialdemokratie die Märtyrer der Commune und am 18. März die Berliner Märzgefallenen (natürlich in der von ihr dafür beliebten sozialistischen Beleuchtung) feierte und in der Nacht vom 18. auf den 19. März die Eiche abgebrochen wurde, dürfte zum Nachdenken auffordern. Sollten die andauernden Aufschreie, womit die Agitatoren auch hier gegen die „Nordpatrioten“ anstacheln, d. h. gegen alle diejenigen, welche treu an den großen vaterländischen Erinnerungen festhalten, nicht auch einmal auf so zündenden Boden gefallen sein, daß sich einige Verehrer der Commune zu jener ruhmwürdigen „That“ des Vernichtens der Siegesdenkmale ermannen? Es ist uns zwar diesmal erspart geblieben, die „Revolutionsfeier“, welche der „Volksfreund“ ankündigte, auch auf rothen Plakaten an den

Strasenecken angeschlagen zu sehen. Seitens der Polizeibehörde beginnt man endlich, dem Treiben der Herren Sozialisten etwas mehr auf die Finger zu sehen, nachdem sie gelegentlich der Anklage eines ihrer Führer vor der Strafkammer des hiesigen Kreisgerichts sogar die Freisheit hatten, den Staatsanwalt Schumann durch Maueranschlag in ihre Versammlung zum Redekampf mit Frohne einzuladen. Da der Staatsanwalt im Verlaufe jener Gerichtsverhandlung ausgeführt hatte, wie sich trotz des Zeugens des Angeklagten allerdings aus verschiedenen Schriften seiner Parteigenossen ergebe, daß die sozialdemokratischen Prinzipien auf die Vernichtung der Ehe und Eigentum im heutigen Sinne hinausliefen, so stand auf den betreffenden Plakaten als Thema des Frohne'schen Vortrags: „Familie, Ehe, Eigentum und Staatsanwalt Schumann.“ Daß Hr. Schumann in dieser Versammlung nicht erschien, brauchen wir wohl nicht hinzuzufügen. Seit dieser unerschämten Provokation scheut sich nun doch die Druckerei, neue derartige Nachwerke irgend verhänglicher Art zu acceptiren. Diesem Umstande wird es wohl zu verdanken sein, daß die „Revolutionsfeier“ des 17. und 18. März hier nicht so zur allgemeinen Kenntniß gekommen ist, wie es sonst wohl vor einigen Monaten der Fall gewesen wäre.“ Niederträchtiger kann man kaum mehr sein. Die Vernichtung der „Siegesdenkmale“ bedauern wir schon aus dem Grunde, weil den Epochen, die doch sehr nützliche Vögel sind, ein schädliches Obdach verloren geht. Kennzeichnend ist das sichtliche Behagen, mit welchem das Polizeiblatt die gegen unsere Partei beliebten Maßregeln lobt. Aber nicht bloß die Reptilien, sondern auch sogenannte freisinnige und unabhängige Blätter, welche sich „demokratisch“ nennen, können es nicht unterlassen, sich bei Gelegenheit an den Sozialdemokraten zu reiben. So schreibt z. B. die „Frankfurter Zeitung“: „Ueber Exzesse, die am Morgen nach dem Geburtstage des Kaisers vor der hiesigen Karmeliterkaserne, seitens mehrerer Soldaten verübt sein sollen, bringt der „Volksfreund“ einen Bericht, der haarsträubende Details enthält. Wir verlangen uns in der Erwartung, daß eine strenge Untersuchung die Folge dieser Publikation sein wird, die Wiedergabe derselben schon aus Rücksicht auf das öffentliche Schamgefühl.“ In dieser Notiz wird dem „Volksfreund“ vorgeworfen, derselbe hätte das öffentliche Schamgefühl verletzt. Ob eine Untersuchung eingeleitet würde, wenn unser Parteiorgan die schmutzige Angelegenheit nicht beprochen hätte, ist mehr als fraglich. Die „anständige“ Presse, die „demokratische“, „Frankfurter Zeitung“ mit eingerechnet, hätte sich über den Brutaltatsakt pflichtschuldigst ausgeäuert. Gerade durch die Mittheilung wurde von unserer Seite für das verletzte öffentliche Schamgefühl Sühne gefordert. Bei der Veröffentlichung der Greuel vom russisch-türkischen Kriegsschauplatz hat die „Frankfurter Zeitung“ auf das „öffentliche Schamgefühl“ keine so zarte Rücksicht genommen, da wurden die größten Schandthaten mit einer Unständigkeit mitgetheilt, die nichts zu wünschen übrig ließ. Freilich waren es Russen und Türken, die sich derartige Greuel zu Schulden kommen ließen und nicht Angehörige unseres „herrlichen Kriegsheeres“. Die „Frankfurter Zeitung“ hat diese hochnastige Bemerkung auch nur deshalb gemacht, weil sie es liebt, den Sozialisten gegenüber eine Schulmeisterrolle anzunehmen und sich bei der „guten Gesellschaft“ als Verfechterin der Sitte und Ordnung zu präsentieren. Die „Frankfurter Zeitung“ mit der „Neuen Frankfurter Presse“, („Demokrat“ und „Polizist“) Arm in Arm gegen die Sozialdemokraten! Rette Gesellschaft!

**Aufruf an die Parteigenossen des Großherzogthum Hessen!**  
Genossen! In diesem Jahre findet eine Ergänzungswahl zum hessischen Landtag statt. Da es unser Wille und unsere Pflicht ist, für die Verbreitung unserer Prinzipien Sorge zu tragen, so glauben wir, daß die Landtagswahlen hierzu die beste Gelegenheit bieten werden. Darum haben die hiesigen Genossen beschlossen, einen Delegirtenstag hier abzuhalten, um über die bevorstehende Wahl zu berathen. Wögen daher die hessischen Genossen ihre Ansichten in dieser Angelegenheit den Darmstädter Genossen mittheilen und an Unterzeichneten gelangen lassen. Der Tag, an welchem die Delegirten hier zusammentreten sollen, wird im „Vorwärts“ bekannt gegeben.

L. Bez., Erdbeerstr. Nr. 9.  
Ferner machen die hiesigen Parteigenossen darauf aufmerksam, daß Briefe von hier nur dann als im Auftrag der Genossen zu betrachten sind, wenn dieselben mit dem Parteistempel versehen sind. D. D.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Die in Nr. 34 Ihres Blattes im Artikel „Italienisches Elend“ als unbekannt bezeichnete Münze Grano war die vor der jetzigen Frankfurterrechnung in Neapel gebräuchliche Münzwährung. 1 Grano = 3,44 Pfennig, also 15 Grana = 51,6 Pfennig der Verdienst für achtzehnstündige Arbeit!“

**Briefkasten**  
der Redaktion. B. R. in Linden vor Hannover: Auch wir sind außer Stande, Ihnen in der Erbschaftsangelegenheit einen Rath zu ertheilen, der Ihnen von Nutzen sein könnte. — Fried. V. 3: Können Ihnen nur den Rath ertheilen, der Gewerkschaft der Schuhmacher beizutreten.

Franz Wilhelm Zimmermann aus Reichenberg, früher in Barmen, wird gebeten seine Adresse an G. R. in Barmen gelangen zu lassen.

**Quittung.** Brgr Seelen Ab. 6,59. Febr Cosel Ab. 9,00. J. Crostorf Ab. 3,20. Rm Altona Ab. 47,70. Schlts Dor. mund Ab. 16,00. Drbg Gießen Ab. 4,00. Engl Neuburg Ab. 16,00. Red. d. „Vorwärts“ London Ab. 9,60. „Volksztg.“ Erfurt Ab. 40,00. Wgnc Allstedt Ab. 1,80. Artz Grasleben Ab. 3,00. Arbeiterbild. Verein Leoben Ab. 8,11. Andrich Neuen Schr. 6,76. Spic Gernau Ab. 1,20. Kl. hier Ann. 2,20. Bz Neusäß Ab. 5,10. Dr. Grotzsch Ab. 5,40 und 1,75. Barm Dresden Ann. 4,20.

**Fonds für Gemafregelte.**  
Von R. M. hier Zinsen 1,50.  
**Banfonds des Arbeiter-Bildungs-Verein.**  
Von Hedwig 1,00 Ml.

**Essen.** Sonntag, den 7. April, Morgens 11 Uhr, bei Wirth Dahles, Grabenstein:  
Versammlung der Abonnenten des „Vorwärts“ und der „Rundschau“.  
Alle am Platze wegen wichtigen Angelegenheiten. (S. 101)

**Hannover.** Sozialdemokratischer Wahlverein.  
Sonntag, den 6. April, Abends 8 1/2 Uhr,  
im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11:  
**Geschlossene Versammlung.**  
Tagesordnung: Abrechnung und Verschiedenes. [60]  
Der Vorstand.

**Hildesheim.** Sozialdemokratischer Wahlverein.  
Jeden Montag, Abends halb 9 Uhr:  
**Mitgliederversammlung**  
wozu Jeder freien Zutritt hat. (m) [0,50]

**Leipzig.** Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. [50]  
Jeden Sonnabend, Abends halb 9 Uhr: Versammlung und Aufnahme neuer Mitglieder im Lokale des Hrn. Träger, Tancherstraße 12.

**Minden i. W.** Sozialdemokratischer Wahlverein.  
Die hiesigen Mitglieder versammeln sich jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Herrn Gastwirtz Thiele, Ritterstraße. (m) [0,40]

**GEORG VOLLMAR**  
**LOUISE VOLLMAR geb. NISSÉL**  
Vermählte. [2,10]  
Dresden, 4. April 1878.

**Für Männer-Chöre.**  
Im Verlage von Emil Sauerstein in Gotha ist erschienen:  
**Nieder-Sammlung**  
des  
**Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes.**  
Lieferung III.  
Nr. 6. „Roth.“ Ged. v. Carl Reiser. Comp. v. G. Scholz. Op. 18.  
Nr. 7. „Fahnenlied.“ Ged. v. R. Geib. Comp. v. G. Scholz. Op. 10.  
Preis pro Lieferung Partitur mit 4 Stimmen Mark 1,60,  
4 Stimmen Ml. 1,20. (26) [3,90]

**Einladung zum Abonnement**  
auf das in Gotha erscheinende  
**Menschen thum**  
**Sonntagsblatt für Freidenker**  
Herausgegeben von Dr. August Specht.  
Durch thätige geistige Kräfte unterstützt, hat sich das „Menschen thum“ die Aufgabe gestellt, seine Leser mit den Resultaten der freien Forschung in Natur und Geschichte vertraut zu machen, die mit der Benußung und Wissenschaft im Widerspruch stehenden religiösen Dogmen zu bekämpfen und die Weltanschauung des freien Menschen thums zu vertreten. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Menschheit nur durch eine positiv wissenschaftliche Bildung aus den Banden veralteteter religiöser Satzungen befreit werden kann, wird das „Menschen thum“ vornehmlich demjenigen Theil der Wissenschaft cultiviren, der sich mit der Entschlingung der Dinge beschäftigt und daher Originalarbeiten über die Beschaffenheit und Entwicklung der Weltkörper, des Thier- und Pflanzenreichs, des Menschen und seiner Kultur u. c. bringen. Außerdem bringt jede Nummer des Blattes eine Wochenübersicht der wichtigsten Vorkommnisse auf kirchlichem und freireligiösem Gebiete, Besprechungen freisinniger Bücher u. c., so daß sich die Leser über alle Erscheinungen des geistigen Lebens genügend orientiren können. [413]  
Man abonnirt auf das in Gotha erscheinende „Menschen thum“ bei allen Postanstalten und in allen Buchhandlungen zu dem viertel-jährigen Preise von nur 75 Pfennigen. I  
**Gotha.** Stollberg'sche Verlagsbuchhandlung.

Durch uns ist zu beziehen:  
**N. Tchernyehewsky: L'Économie politique**  
jugée par la science,  
critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.  
492 pages. Prix 1,50 M.  
Die Expedition des „Vorwärts“.

Durch uns zu beziehen:  
**Das lebensgroße Brustbild**  
**Ferdinand Lassalles.**  
Lithographie (79 Ctm. hoch, 63 Ctm. breit) in gelungener Ausführung. Preis pro Bild einschließlich Verpackung 3 Mark gegen baar oder Postvorschuß. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.  
Im Verlage der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei in Berlin erschienen und ist durch alle Buchhandlungen sowie durch die unterzeichnete Expedition zu beziehen:  
Die Expedition des „Vorwärts“.

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen:  
**Waldverwüstung und Ueberschwemmung.**  
Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.  
Von Georg Follmar.  
Preis pro Exemplar 16 Pfennig.  
Die Buchhandlung des „Vorwärts“.

Die  
**„Berliner Freie Presse“**,  
Organ der Berliner Sozialdemokraten,  
erscheint täglich (mit Ausnahme des Montags); Sonntags mit der  
prachtvoll illustrierten Gratisbeilage:  
**Die Neue Welt.**  
Abonnements-Bedingungen: Durch die Post bezogen exkl. Bringerlohn, vierteljährlich Ml. 4,00. In Berlin abonnirt man bei allen Zeitungs-Expeditoren unter den bekannten Bedingungen: pro Quartal 4 Ml., pro Monat 1,35, pro Woche 35 Pf. frei ins Haus.  
Inserate finden die weitestehende Verbreitung und kostet die fünfgespaltene Zeile nur 25 Pf., Arbeitsmarkt 10 Pf.  
In der Postzeitungs-Preisliste pro 1878 ist unser Blatt unter Nr. 569 eingetragen.  
Die Expedition der „Berliner Freien Presse“.  
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz Nr. 8a.

**Armer Conrad.**  
**Preisherabsetzung.**  
Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg. für gebundene Exemplare herabgesetzt.  
Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.  
Bestellungen sind zu machen bei der Associations-Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Hefsig in Reudnitz-Leipzig.  
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.  
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.